

Die Arbeitsvermittlung nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges (1945-1948) und die Vorläufer des „Arbeitsamtes“ und der „Agentur für Arbeit“

Von **Kurt Georg Persch**, mitgeteilt und ergänzt von seinem Sohn **Volker Persch**, Nürnberg

Gut 50 Jahre vor dem Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ab 1894 erste kommunale Arbeitsämter eröffnet. Mit der Gründung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise in 1898 erfolgte die Grundsteinlegung und in 1914, mit der Gründung der Reichszentrale für Arbeitsnachweise, begann der Aufbau einer zentralstaatlichen Arbeitsverwaltung. Nach Ende des ersten Weltkriegs wurde, wohl auch um dessen Folgen teilweise aufzufangen, in 1918 eine staatliche Erwerbslosenfürsorge eingeführt.

Bereits 1920 folgte die Errichtung eines Reichsamtes für Arbeitsvermittlung als selbstständige höhere Reichsbehörde unter Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums und 1922 traf das Arbeitsnachweisgesetz (ANG) Reichseinheitliche Regelungen. Organisatorisch wurde der dreigliedrige Aufbau mit Reichsamt (später Umbenennung in Reichsarbeitsverwaltung), Landesarbeitsämter, Arbeitsämter bzw.

Arbeitsnachweisämter geschaffen. Eine Entkommunalisierung der Ämter aufgrund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) von 1927 brachte die Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltungsorganen auf allen drei Ebenen. Diesem „Modell“ waren nur 6 Jahre Bestand vergönnt. Als 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, begann die Auflösung der Selbstverwaltungsautonomie und die Gleichschaltung der Organisation sowie der Umbau der Arbeitsverwaltung zur Arbeitslenkungsbehörde. Auf der unten abgebildeten Postkarte schreibt eine Erna an ihre Eltern: „Sonntag nachmittags, 16.2.35 Liebe Eltern! Auf dieser Karte seht Ihr das Arbeitsamt. Nur die Bäume davor sind nicht mehr da. Ueber dem Dach Seht Ihr die Stiftsruine hervorgucken, welche ich von meinem

Fensterplatz aus immer vor mir habe. An dem Ling Denkmal gehe ich immer vorbei. Von meiner Wohnung aus habe ich 5 Minuten zu gehen. Ich habe genug Arbeit, aber so eine Menschenschinderei wie bei H. ist es nicht. Meine Kolleginnen sind sehr nett, und wir verstehen uns ausgezeichnet. Die vielen Männer bringe ich noch dauernd durcheinander. Abends bin ich immer in meiner Bude...“

Die Veränderungen gehen weiter. Am 26. Februar 1935 Einführung des Arbeitsbuches, am 5. November Einführung des Alleinvermittlungsrechts. 1938 Eingliederung der bis dahin selbstständigen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in das Reichsarbeitsministerium als Abteilung Arbeitseinsatz.

Lager Pfaffenwald

Ein dunkles Kapitel des Hersfelder Arbeitsamtes fand im Lager Pfaffenwald statt. Das Lager Pfaffenwald war im Zuge des Autobahnbaus 1938 in Pfaffenwald nahe Asbach eingerichtet worden. Seit 1942 diente es als Durchgangslager und Krankenlager. Zeitgleich war eine "Entbindungsstation" für schwangere Ostarbeiterinnen angeschossen. Das Lager war dem Gauarbeitsamt Kurhessen unterstellt und wurde vom Arbeitsamt Hersfeld geleitet. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die aus Polen und der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt worden waren, wurden von hier aus an ihre Einsatzorte weitergeleitet. Die Landesarbeitsämter ließen an Tuberkulose erkrankte "Ostarbeiter/innen", die nicht mehr arbeitsfähig waren, nach "Pfaffenwald" verlegen. Das Lager war auch Sterbelager für die an Tbc erkrankten Arbeitskräfte. Teilweise wurden diese, auch als "geisteskrank" bezeichnete Arbeiter/innen, nach Hadamar transportiert. Diese Einbeziehung des Lagers Pfaffenwald in das Euthanasie-Programm dauerte von August 1942 bis März 1945.

1942 war die Ernennung Friedrich Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz erfolgt.



Postkarte aus dem Jahr 1935. Vor dem Stift 1, ursprünglicher Sitz des Arbeitsamtes, heute des Studienseminars.



Dippelstr. 10, Sitz des Arbeitsamtes 1935 bis 1957. heute Jugendhaus.

Foto (2020): Ernst-Heinrich Meidt.

Von 1935 bis 1957 war das Arbeitsamt in dem Gebäude Dippelstr. 10 untergebracht. Das Haus war anlässlich der Silbernen Hochzeit des Kaiserpaars 1907 als Vereinshaus („Auguste-Viktoria-Haus“) nach Entwurf des Stadtbauamtes (Stadtbaumeister Robert Burger) von Heinrich Bolender errichtet und am 1. November eingeweiht worden. Es war mit dem „Vereinshaus... einem schon lange recht fühlbar gewordenen Mangel abgeholfen“ worden, wie im Verwaltungsbericht 1907 zu lesen war. Genutzt wurde es in den Anfangsjahren vom vaterländischen Frauenverein, von der evangelischen Gemeinde („Kleinkinderbewahranstalt“ und Diakonissenstation), von der 1910 eröffneten landwirtschaftlichen Winterschule und von anderen gemeinnützigen Einrichtungen.²

Ostern 1945

Mein Vater Kurt Persch¹, damals Mitarbeiter im Arbeitsamt Hersfeld, berichtet als Zeitzeuge:

„Ostern 1945! Der Zusammenbruch des Dritten Reiches vollzieht sich auch in Hersfeld. Mit der Einnahme der Stadt besetzen die amerikanischen Truppen auch das Arbeitsamt Bad Hersfeld in der Dippelstraße. Jegliche Tätigkeit der bisherigen Bediensteten wird damit unterbunden. Inzwischen "sichten" die Amerikaner die vorgefundenen dienstlichen Unterlagen. Dabei wird ein großer Teil der Arbeitsbuchkartei vernichtet, die Dienst-Kfz werden beschlagnahmt. Erst nach Abzug der Kampftruppen und Einsetzen der Militärregierung können einige Beamte und Angestellte des Amtes - vorwiegend diejenigen, die "nazistisch" nicht belastet sind - wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren und unter pri-

mitivsten Verhältnissen ihre Tätigkeit aufnehmen.

Der Kontrollratsbefehl Nr. 3³ bildet die einzige Grundlage, an der sich die Aufgaben des Arbeitsamtes vorerst auszurichten haben. Er schreibt u.a. vor, dass alle Deutschen, soweit sie im arbeitsfähigen Alter und nicht aus besonderen Gründen (Hausfrauentätigkeit, Krankheit usw.) daran gehindert sind, eine Arbeitnehmer-tätigkeit ausüben müssen. Die Zuteilung der Lebensmittelkarten wird von der Vorlage eines entsprechenden Nachweises abhängig gemacht. Zu diesem Zweck werden vom Arbeitsamt Beschäftigungsnachweise für alle Arbeitnehmer erstellt, in denen allmonatlich vom Arbeitgeber das Bestehen eines Beschäftigungsverhältnisses - bei Arbeitslosen die Meldung beim Arbeitsamt - bestätigt wird. Der bisherige Arbeitseinsatz in der Nazi-Zeit wird also durch eine strenge Kontrolle der Arbeitnehmer-tätigkeit und durch eine Arbeitslenkung abgelöst. Arbeitsver-

mittlung im klassischen Sinne kann aufgrund der herrschenden Umstände nur im bescheidenen Umfang betrieben werden.

Diese der Arbeitsvermittlung übertragenen Aufgaben sind von ihrer Art her wegen der damit zwangsläufig verbundenen häufig anzuwendenden diktatorischen Maßnahmen sowohl für den Vermittler als auch für den betroffenen Arbeitnehmer wenig erfreulich. Sie erfordern darüber hinaus einen erheblichen Arbeitsaufwand, um überhaupt erst die Voraussetzungen für die Durchführung der Aufgaben zu schaffen. Es werden Erfassungsaktionen durchgeführt, Registerbögen erstellt, Betriebslisten angefordert, Arbeitsbücher eingezogen; alles mit dem Ziel, die Arbeitnehmerkarteien wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Oft müssen die Vermittler hierzu in Mehrtagesreisen auf die Dörfer gehen und das vielfach mit "Karo einfach". Man versucht, „sich an der Hecke zu ernähren“. Bei teilweise mit der Polizei durchgeführten Razzien in Gaststätten und an Orten, an denen bekannterweise Schwarzhandel betrieben wird, versucht man, auch den letzten "Drückeberger" zu erfassen.

Überhaupt, die Probleme für die Vermittler scheinen manchmal unüberwindlich. Auf der einen Seite die Amerikaner mit dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 im Nacken, die besonders hart darauf dringen, die eigenen Anforderungen auf Gestellung von Arbeitskräften erfüllt zu sehen, auf der anderen Seite ein völlig unzureichendes Arbeitsuchendenangebot, weil sich noch viele potentielle Arbeitskräfte in Kriegsgefangenschaft befinden und andere tatsächlich für eine Vermittlung in Betracht kommende Arbeitnehmer sich in Scheinarbeitsverhältnisse flüchten. Arbeit gegen Entgelt in bar ist wegen der Wertlosigkeit der Reichsmark uninteressant; man kompensiert lieber und betreibt Schwarzhandel. Nicht selten erscheinen dann US-Soldaten im Amt und laden den zuständigen Bediensteten, der ihren Forderungen nicht sofort nachkommen kann, gleich in den Jeep, um ihn jedoch meist bald wieder zurückzubringen, oder sie drohen, sämtliche Bedienstete des Arbeitsamtes für Räumungs-, Transport- und Reinigungsarbeiten einzusetzen, falls die angeforderten Transport- und Reinigungskräfte nicht rechtzeitig gestellt werden.

Der arme Vermittler zieht nun meist zu Fuß oder mit Fahrrad los, um unter den Anwohnern in der Gegend des Einsatzortes Kräfte für die auszuführenden Arbeiten zu gewinnen. Auch dies geht nicht immer ohne Androhung unter Hinweis auf den Kontrollratsbefehl Nr. 3 ab. Diese unerfreulichen Verhältnisse ändern sich erst 1946, als das "Labor-Office", eine mit deutschen Angestellten besetzte-US-Dienststelle, eingerichtet wird, über die alle Kräfteanforderungen der amerikanischen Besatzungsgruppe laufen, und als gleichzeitig die Arbeit beim Amerikaner unter der Hand durch teilweise Entlohnung in Deputaten beliebter

Military Government, Germany Regierungsbezirk Mainfranken

26. May 45

1. In the above named area it is ordered that all male persons between the ages of 15 and 65 and all females between the ages of 15 and 45 must register at the Local Labor Office or at the office of the Bürgermeister in their locality.
2. Military Government hereby orders that all able-bodied men and women registered for labor will work as directed by the German Labor Office. Existing German wage and hour regulations will be strictly followed.
3. Any person failing to register as required, and to report when ordered at the place and time specified will be arrested, imprisoned, and prosecuted.

By order of Military Government:

Militär-Regierung, Deutschland Regierungsbezirk Mainfranken

26. Mai 45

1. In dem oben genannten Gebiet ist es befohlen, daß sich alle Männer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren und alle Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren beim örtlichen Arbeitsamt oder bei den Bürgermeisterämtern ihres Aufenthaltsortes registrieren lassen müssen.
2. Die Militärregierung erläßt hierdurch den Befehl, daß alle arbeitsfähigen Männer und Frauen, die im Arbeitseinsatz stehen, die ihnen vom deutschen Arbeitsamt zugewiesen werden, aufzunehmen haben. Die bestehenden deutschen Gehalts- und Stundenbestimmungen werden streng eingehalten werden.
3. Jeder, der es verümt, sich wie angeordnet registrieren zu lassen und nachdem er den Befehl erhalten hat, sich an dem zugewiesenen Arbeitsplatz und zu der festgesetzten Stunde zu melden, wird verhaftet, inhaftiert und gerichtlich verfolgt.

Anordnung der Militärregierung:

Arbeitspflicht für alle Erwerbspersonen. Anordnung vom 26. Mai 1945.



Meldekontrollenstempel diesen Typs waren bereits in den 1920er Jahren im Einsatz.

wird.

Auch die in sehr bescheidenem Umfang wieder auflebende deutsche Wirtschaft ist wegen des bereits erwähnten Kräfte mangels nur schwer zufriedenzustellen. Andererseits fehlt es durch die verheerenden Kriegsfolgen an attraktiven Arbeitsplätzen, so dass hochqualifizierte Kräfte oft völlig unterwertige Arbeit annehmen müssen, um überleben zu können. Nicht alle Deutschen verstehen sich auf Schwarzhandel oder haben etwas zum Kompensieren.

Neue Schwierigkeiten kommen auf die Arbeitsvermittlung zu, als in immer stärkerem Umfang Angehörige "besonderer Personengruppen" in die Westzonen, also auch in den Arbeitsamtsbezirk Hersfeld strömen. Entlassene Kriegsgefangene und Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge "laufen beim Arbeitsamt durch" und werden durch ausgelagerte Vermittlungsstellen in den Flüchtlingslagern "betreut". Alle kommen mit großen Erwartungen und müssen nur allzuoft enttäuscht werden.

Hinzu kommen besondere Maßnahmen, die seitens der Arbeitsvermittlung gegenüber Nazis und von Spruchkammerentscheidungen⁵ mit Berufsverboten und Arbeitseinsatz belegte Betroffene ergriffen werden müssen. Arbeitnehmer, die über die Ostzongrenze hinüber und herüber wechseln, werden mit ständig zu erneuernden Passierscheinen ausgestattet. Die Anwerbung von Arbeitskräften für den Ruhrkohlenbergbau läuft auf vollen Touren. Arbeitsaufnahme und Transportbegleitung durch Vermittler sind wegen der besonderen Verpflegungszuteilungen begehrt.

Das Arbeitsamt - insbesondere die Arbeitsvermittlung - erreicht in dieser Zeit als Prügelknabe für alle Bevölkerungsschichten einen Grad der Unbeliebtheit wie selten zuvor. Verschiedentlich artet dies aufgrund des Widerspruchs zu dem in der Arbeitnehmerschaft langsam aufkeimenden Demokratieverständnis in tätliche Angriffe auf die Vermittler aus, wovon in einem Fall auch der Direktor des Amtes, Oberregierungsrat Gerlach, nicht verschont bleibt.

Dass trotz all dieser Schwierigkeiten die übertragenen Aufgaben bei einem zahl-

Arbeitsamt Marburg. Die Meldung beim Arbeitsamt war Voraussetzung für den Bezug von Lebensmittelkarten 1945.

lenmäßig völlig unzureichenden Personalstand letztlich ohne nachteilige Folgen für die im Wiederaufbau im demokratischen Sinne befindliche Dienststelle erledigt werden können, ist allein dem vollen Einsatz der Bediensteten zu danken. Hungernd, zeitweilig frierend in den unbeheizten Räumen, werden ohne Murren unbezahlte Überstunden und Sonntagsbereitschaftsdienst für im Schnitt praktisch wertlose ca. 20,- RM Einkommen monatlich geleistet. Die Zahl der Bediensteten beträgt am 16.7.45 (mein Dienstantritt) im Amt Bad Hersfeld = 21; davon gehören bei 4 männlichen und einer weiblichen Vermittlungsstelle 15 Angestellte unter Regierungsoberinspektor Weiershausen der Arbeitsvermittlung an. Bei den drei Nebenstellen Bebra, Sontra und Eschwege, die anfangs noch eigenständige Dienststellen unter Aufsicht der kommissarischen Landräte sind, werden 12-15 Bedienstete beschäftigt. Nur in geringer

Zahl werden in den folgenden Jahren weitere Einstellungen vorgenommen. Im Grunde ändert sich an der Belastung nichts; sie nimmt eher noch zu, als nach einigen Monaten auch das Landesarbeitsamt sich wieder in Frankfurt etabliert. Nur einmal wird es kritisch, als nach eingehender Fragebogenprüfung durch die Besatzungstruppen alle vier Beamten (bewährte Verwaltungsfachkräfte) für ca. 4 Wochen wegen Parteizugehörigkeit nach Hause geschickt werden. Jetzt müssen ohne Vorbereitung plötzlich Vermittler als Kassenleiter, Rechnungsprüfer oder Verwaltungsfachkräfte tätig werden, was natürlich zu mancherlei Schwierigkeiten führt.

1948 Währungsreform

Erst als im Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt wird und damit das Geld wieder einen Wert erhält, wandeln sich der Arbeitsmarkt und damit die Aufgaben der Arbeitsvermittlung grundlegend in kurzer Zeit. Die Arbeitslosenzahlen erhöhen sich ständig durch Auflösung von Scheinarbeitsverhältnissen, Beendigung der Hortung von Arbeitskräften, Schließung von unrentablen Betrieben und Auftreten von Saisonarbeitslosigkeit. Nun werden bald auch erste Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere Notstandsarbeiten, eingeleitet, die für einige Jahre wesentliche Aufgaben der Arbeitsvermittlung sein werden."

10. März 1952 Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) mit Sitz in Nürnberg. Die Entwicklung geht weiter, aber das sind eine Reihe anderer Kapitel.

Anmerkungen

¹ Kurt Georg Persch (Jahrgang 1914) war zuletzt Abteilungsleiter Vermittlung im Arbeitsamt Hersfeld. Der Text wurde von seinem Sohn Volker Persch etwas ergänzt und mit Abbildungen illustriert.

² Quelle: Kulturdenkmäler in Hessen, Landkreis Hersfeld-Rotenburg III, Stadt Bad Hersfeld; Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Thomas Wiegand, 1999



Zahlstelle des Arbeitsamts Oldenburg_ so ähnlich wird es im Hersfelder Arbeitsamt auch ausgesehen haben.

³ Durch den vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Kontrollratsbefehl Nr. 3 betreffend einer Registrier- und Arbeitspflicht für alle Personen im erwerbsfähigen Alter vom 17. Januar 1946 wurde eine Registrier- und Arbeitspflicht für Männer von 14 bis 65 und für Frauen von 15 bis 50 Jahren eingeführt. Um dieser Pflicht Nachdruck zu verleihen lag bei den Arbeitsämtern die Zuständigkeit für Lebensmittelzuteilungen. Wer sich nicht registrieren ließ, dem drohte der Befehl mit dem Entzug der Lebensmittelkarte. Auch die zwangsweise Einweisung in eine Arbeit war vorgesehen.

⁴ Als »Karo einfach« oder »Karo trocken« bezeichnet man umgangssprachlich scherzhaft eine Scheibe Brot ohne Aufstrich und Belag: Im Knast gibts nur Karo trocken. - Und in Georg Lentz' Roman »Muckefuck« heißt es: »Die meisten hatten nur Karo einfach, ein paar Schnitten trockenes Brot und einen Apfel« (S. 167). - Die Fügung stammt vermutlich aus der Soldatensprache und spielt auf die Scheibe des rechteckigen Kommissbrotens an, die, wenn sie auf der Spitze liegt, die Form eines Karos hat. »Einfach« bezieht sich beim Skat auf das niedrigste Spiel (Karo mit einem oder ohne einen Buben).

⁵ Spruchkammerverfahren waren Verfahren mit dem Ziel der Entnazifizierung, die nach Ende des Nationalsozialismus in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands durchgeführt wurden. Die Spruchkammern fällten

keine Strafurteile, sondern dienten der politischen Säuberung. Sie stellten fest, ob der Betroffene Hauptschuldiger, Belasteter, Minderbelasteter, Mithäufiger oder Entlasteter ist und ordneten die gebotenen Sühnemaßnahmen an. Diese bestanden vor allem in der Verpflichtung zu Wiedergutmachungs- und Aufbauarbeiten, dem Ausschluss von öffentlichen Ämtern einschließlich des Notariats und der Anwaltschaft, dem Verlust von Rechtsansprüchen auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Rente sowie der Aberkennung des Wahlrechts, der Wahlbarkeit und des Rechts, sich als Mitglied einer Partei politisch zu betätigen. Nach dem Grad der Verantwortlichkeit sollten die Sühnemaßnahmen »in gerechter und billiger Weise« verhängt werden, »um die Ausschaltung des Nationalsozialismus und Militarismus aus dem Leben des deutschen Volkes und die Wiedergutmachung des verursachten Schadens zu erzielen.«

Die Bestrafung der Hauptschuldigen erfolgte nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 durch Strafgerichte, die die einzelnen Alliierten in ihren Besatzungszonen errichteten. Im Anschluss an den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher führte ein amerikanisches Militärgericht im Nürnberger Justizpalast noch 12 Folgeprozesse gegen weitere Hauptschuldige wie Ärzte, Juristen, Militärs und Verwaltungsbeamte. Die Dachauer Prozesse richteten sich gegen ehemaliges Personal

der Konzentrationslager. In der britischen Besatzungszone verhandelten Militärgerichte auf Grundlage des Royal Warrant (Königlicher Erlass) vom 14. Juni 1945. In der französischen Besatzungszone wurden Militärverwaltungsgerichte errichtet. Ein großer Teil der Rechtsprechung erfolgte beim Tribunal Général in Rastatt. Ab September 1948 übernahm das Tribunal de première instance pour les crimes de guerre (Kriegsverbrechertribunal Erste Instanz) diese Aufgabe. Die NS-Prozesse in der sowjetischen Besatzungszone übernahm der NKWD (Volkskommissariat des Inneren der UdSSR, Geheimdienst). Die Verhängung von Sühnemaßnahmen durch eine Spruchkammer schloss eine strafrechtliche Verfolgung nicht aus und umgekehrt. (Quelle: Wikipedia)

Bildnachweis

Abb. 1: Privat, Postkarte aus der Kunstverlagsanstalt Bruno Hausmann, Cassel

Abb. 2: Ernst-Heinrich Meidt.

Abb. 3 - 5: die Bilder stammen aus der historischen Sammlung bei der Hochschule der BA (SEAD-BA) in Mannheim; Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Seckenheimer Landstraße 16, 68163 Mannheim.

Hersfelder Ämter 1949

Aus einer alten Schülerkladde im Besitz von Henner Göbel (Bad Hersfeld)

Vorbemerkung

In einer Kladde, datiert 16. Februar 1949, wurden 59 Aufsätze von Schülern zur damaligen Situation in Hersfeld gesammelt. Die Klasse 8a der früheren Südschule, die an Ostern 1949 entlassen wurde, hatte dieses Gemeinschaftsprojekt verwirklicht. Eine tolle Idee und ein einzigartiges Zeitdokument! Der vorliegende Text wurde vom Original übernommen, ohne jegliche Korrektur. Die Kladde wurde mir freundlicherweise von einem dieser Schüler, nämlich Henner Göbel aus Bad Hersfeld, zur Verfügung gestellt und von mir digitalisiert, d. h. in eine computerlesbare Schrift übertragen.

Ernst-Heinrich Meidt, Schriftleiter von „Mein Heimatland“

Das Arbeitsamt

Am 16. Juli 1927 wurde das Gesetz über Arbeitslosenversicherung geschaffen, das am 1. Oktober 1927 in Kraft trat. Auf Grund dieses Gesetzes wurden die bisherigen öffentlichen Arbeitsnachweiseinrichtungen in die neu gegründete Reichsanstalt überführt. So entstand auch das Arbeitsamt Hersfeld, welches die Kreise Hersfeld, Rotenburg und Eschwege umfaßt. Diese Größenverhältnisse des Arbeitsamtes sind notwendig, um den Vermittlungsansprüchen der Arbeitssuchenden gerecht zu werden. Wie wollte z. B. der Kreis Heringen den Bedarf an Kaliarbeitern decken, wenn nur die Kreise Hersfeld die Arbeitskräfte stellen sollte? Oder wie sollte der Kreis Rotenburg mit seinem Hauptknotenpunkt Bebra den Bedarf an Eisenbahnbediensteten stellen können, wenn nur der Kreis Rotenburg zuständig wäre? Deshalb sind drei Kreise zusammengefaßt, die außer dem Hauptamt in Hersfeld aus folgenden Nebenstellen bestehen: Bebra, Sontra, Eschwege und eine Hilfsstelle in Heringen. Die Haupttätigkeit des Arbeitsamtes ist die Vermittlung von Arbeitskräften. Jeder männliche arbeitsfähige von 14-65 Jahren unterliegt der Meldepflicht beim Arbeitsamt. Ohne Zustimmung des Arbeitsamtes darf kein Lehrling eingestellt werden. Auch Entlassungen ohne Zustimmung des Arbeitsamtes sind rechts unwirksam. Diese Zwangsmaßnahmen, die durch einen Kontrollratsbefehl und durch eine Platzwechselverordnung angeordnet sind, werden jedoch bald aufgehoben werden.

Außer der Arbeitsvermittlung bestehen bei dem Arbeitsamt noch folgende Abteilungen: Arbeitslosenversicherung, Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung, sowie Statistik. Bei der Arbeitslosenversicherungsstelle muß sich der Arbeitslose melden, wenn er gerne arbeiten möchte. Er erhält dann einen Antrag, indem er alle seine persönlichen und familiären Verhältnisse angeben muß. Zur Zeit hat das Arbeitsamt in Hersfeld über 6000 Unterstützungsempfänger, die monatlich fast eine Million DM ausgezahlt bekommen. Die Arbeitslosenzahl beträgt im Kreis Eschwege zweimal so viel, als im Kreis Hersfeld.

Bei der Berufsberatung müssen sich alle Schulentlassenen melden, um in eingehenden Beratungen durch geschulte Fachkräfte gemeinsam mit den Eltern und dem Schulentlassenen den Weg für sie zu suchen. Zu diesem Zweck müssen alle Lehrmeister, die Lehrlinge einstellen wollen, dieses dem Arbeitsamt melden. Das Arbeitsamt Hersfeld hat schon einige Männer bis zu 40 Jahren umgeschult, die beim Wiederaufbau tätig sind.

Die Statistische Abteilung hat die Aufgabe, alles statistisch festzuhalten, weil nicht nur die deutschen Stellen, sondern auch die Amerikaner an der Entwicklung interessiert sind. So wird zum Beispiel aufmerksam die Eingliederung der Flüchtlinge verfolgt, was sich im Arbeitsamt Hersfeld glatt abwickeln konnte. In Hersfeld sind so viele Flüchtlinge, daß viele von ihnen keine Arbeit bekommen können. Der Arbeitslose erhält eine Unterstützung von 30 + 70% seines seitheri-

gen Arbeitsverdienstes. Es ist zu hoffen, daß die zur Zeit große Arbeitslosigkeit bald beseitigt werden kann. K. S.

Die Polizei

Helfer in Not und Gefahr heißen sie im Volksmund. Unsere Stadtpolizei hat ihren Standort in der Dippelstraße. Tag und Nacht führt die Polizei ihren Dienst aus. Gegen jeden Menschen müssen sie gerecht sein, ob er Freund oder Feind ist. Die Polizei hat viel Dienst zu verrichten. Tags über machen sie ihre Stadstreifen. Hier hat sie ihre besonderen Aufgaben. An den gefährlichen Straßenkreuzungen steht ein Polizist und regelt den Verkehr. Der andere geht durch die Stadt und achtet auf die Sauberkeit der Straßen. Wenn es sein muß, verhängt er auch Ordnungsstrafen. Oft kommt es vor, daß ein Verkehrsunfall passiert. Auch hier muß die Polizei zugegen sein und den Schuldigen feststellen. Nachts gehen Streifen durch die Stadt. Sehr schwer ist der Dienst der Polizei nachts, denn oftmals müssen sie bei Einbrüchen einschreiten. Aber da heißt es: „Aufmerksam sein!“ Viel kommt es vor, daß sie mit dem Leben spielen müssen, deshalb ist es Pflicht eines jeden einzelnen, die Polizei zu unterstützen, wie er es nur kann.

A. B.

»Mein Heimatland«, monatliche Beilage zur »Hersfelder Zeitung«. Gegründet von Wilhelm Neuhaus. Schriftleitung: Ernst-Heinrich Meidt, Kirchheim Verlag: Hoehl-Druck GmbH + Co. Hersfelder Zeitung KG